

Darmstädter Atheneforum [Hrsg.]

Macht – Herrschaft – Regierung

Herrschaftslegitimation in Geschichte und Theorie



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-0861-1

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Theoretische Einleitung <i>Stefanie Theuerkauf</i>	11
1. Die symbolische Legitimation der Demokratie. Niklas Luhmann und die performative Generierung politischer Unterstützung <i>Vincent Rzepka</i>	19
2. Herrschaft durch »Sicherheit« – Zur materialistischen Analyse einer zentralen Legitimationskategorie politischen Handelns <i>Anna Kern</i>	41
3. Zur stabilisierenden Wirkung von externen Renten. Ein empirischer Beitrag zur Debatte um Rentierstaatstypen <i>Jan Doser</i>	61
4. Polybios, Philipp V. und Legitimität im Zeitalter des Hellenismus <i>Florian Zimmermann</i>	99
5. Der <i>princeps</i> und das Schicksal. Zur Bedeutung der Aeneis für die augusteische Legitimationspolitik <i>Robert Eydam</i>	117
6. Zur Motivation der tetrachischen Christenverfolgung <i>Philip Aubreville</i>	139
7. Zwischen Geblütsrecht und Sakralkönigtum - Mittelalterliche Herrschaftslegitimation im Wandel <i>Nadine Holzmeier</i>	153
8. Die Gerichtsbarkeit als Mittel zur Erweiterung von Landesherrschaft im 15. Jahrhundert - ein Problemaufriss <i>Hendrik Baumbach</i>	171

Inhalt

9. »*A Splendid little war*«- Die Legitimation der Herrschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika über Kuba nach dem Spanisch-
Amerikanischen Krieg 1898 191
Sven Weber
10. »*Heil dem Helden Armin!*« – Herrschaftslegitimation und
ihre Transformation in der deutschsprachigen Oper des
19. Jahrhunderts 207
Lydia Penzel
11. Kontrolle in der Pädagogischen Provinz. Raum und Macht in
den Reformschulen Schnepfenthal und Haubinda 235
Marcel Kabaum

1. Die symbolische Legitimation der Demokratie.

Niklas Luhmann und die performative Generierung politischer Unterstützung¹

Von Vincent Rzepka

Die Herausforderung nationalstaatlicher und die Expansion transnationaler Ordnungsmodelle hat eine fast vergessene Problemstellung sozialwissenschaftlicher Überlegungen wieder vom Grund des Meeresbodens gehoben: Im Zuge des Wandels von Staatlichkeit taucht die Frage erneut auf, wie sich politische Ordnungen und insbesondere die im Westen inzwischen fest etablierte Demokratie eigentlich legitimieren. Der Gehorsam wird wieder erklärungsbedürftig.²

Seine Komplexität erhält diese Fragestellung daraus, dass – spätestens seit den beiden großen Revolutionen in Amerika und Frankreich – die Vorstellung einer göttlich oder naturrechtlich fixierten Ordnung der Welt einem Bewusstsein ihrer Kontingenz gewichen ist.³ Woher nimmt eine im Prinzip kontingente Ordnung dann ihre Legitimität? Die moderne Demokratietheorie behilft sich hierbei mit einer analytischen Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität: Entweder wirft die Ordnung durch ihre ökonomische und politische Effizienz einen entsprechenden Mehrwert ab, der die Bürger zu ihrer Zustimmung veranlasst, oder die demokratischen Prozesse führen zu einer entsprechenden Beteiligung des Volkes bei der Entscheidungsfindung und veranlassen dadurch zur Unterstützung.⁴ Für

1 Für die produktive Diskussion dieses Aufsatzes am Lehrstuhl Theorie der Politik der HU Berlin gilt mein Dank Grit Straßenberger als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats und Felix Wassermann.

2 So Klaus Schlichte: vgl. *Sebastian Huhnholz*, »Der Gehorsam ist das Erklärungsbedürftige.«. Tagung Variationen der Macht der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, Erfurt, 23.-25. September 2010, in: *Zeitschrift für Politische Theorie* 1, 2010, S. 249-257, hier S. 250.

3 Vgl. *Vincent Rzepka*, *Die Ordnung der Transparenz. Jeremy Bentham und die Genealogie einer demokratischen Norm*. Berlin 2013, S. 13-24.

4 Die Modi sind freilich komplementär angelegt; vgl. *Fritz W. Scharpf*, *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt am Main/New York 1999, S. 16-22.

Letzteres ist vor allem Jürgen Habermas' Modell einer deliberativen Demokratie wirkmächtig geworden, das normativ für einen Konsens auf Basis vernünftig einsehbarer Gründe plädiert. Als Habermas sein Modell Anfang der 1970er Jahre erstmals skizzierte, intervenierte er dabei in eine Debatte um die Legitimation der Bundesrepublik, die sich an der diagnostizierten Erosion des wohlfahrtsstaatlichen Output-Konzeptes entzündet hatte.⁵ Auch sein Gegenspieler Niklas Luhmann hatte in dieser Zeit ein Modell demokratischer Legitimation vorgelegt. Seitens der Forschung wurde dieses allerdings meist mit dem Schlagwort ‚Legitimation durch Verfahren‘ versehen und bald als eine Epigone der Weber'schen Theorie ad acta gelegt: Luhmann vertrete die unzureichende Idee, nach der Legitimität allein aus der Legalität des Verfahrens entstehe. Sein Buch, so merkte André Kieserling daher kürzlich an, sei »oft kritisiert, aber selten genau gelesen worden.«⁶

Eine genauere Lektüre im Verbund mit der bei Erscheinen des Verfahrensbooks unveröffentlichten **Politischen Soziologie** soll hier eingelöst werden, um so in einer performativitätstheoretischen Lesart Luhmanns bisher nahezu unentdeckten Vorschlag einer symbolischen Generierung politischer Unterstützung freizulegen. In dessen frühen Werken wird damit – und hierauf zielt der Aufsatz in theoretischer Hinsicht – ein **zentraler Modus politischer Legitimation** vorgestellt, der alternativ zu universalpragmatischer Rationalität und güterorientierter Output-Legitimität besteht. Daher bietet hier Luhmanns Fundamentalkritik der sozialwissenschaftlichen Tradition den Einstieg, um sein dreidimensionales Legitimationskonzept zu rekonstruieren und abschließend die Funktionalität des Symbolischen für die Demokratie zu hinterfragen.

5 Vgl. Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main 1973.

6 Siehe André Kieserling, Legitimation durch Verfahren, in: Oliver Jahraus u. a. (Hrsg.), Luhmann-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar 2012, S. 145-150, hier S. 149; zus. zur Kritik auch Stefan Machura, Niklas Luhmanns »Legitimation durch Verfahren« im Spiegel der Kritik, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie, 1, 1993, S. 97-114.

1.1 Das Problem der Legitimation

Das Grundproblem von Luhmanns **Politischer Soziologie** ist die Frage, wie die Stabilität des Gesellschaftssystems gewährleistet werden kann, obwohl die moderne Gesellschaft mit einer übermäßigen Komplexität zu kämpfen hat, die sich durch den Wegfall determinierender Moral-, Natur- und Gottesbezüge und der Etablierung eines rein positiven Rechts ergeben hat. Dem politischen System kommt hierbei die Aufgabe zu, jene Restkomplexität zu bearbeiten, die andere Teilsysteme der Gesellschaft nicht bewältigen konnten. Es löst also für seine Umwelt die bestehenden offenen Konflikte und verhindert so die Desintegration des Gesellschaftssystems, indem es kollektiv verbindliche Entscheidungen trifft.⁷

Dabei sei es jedoch den »klassischen Theorie[n] der Politik«⁸ nie gelungen, die besondere Problemlage moderner Gesellschaften in eine »einheitlich-konsistente[] Theorie«⁹ zu gießen. Diese Problemlage ist nach Luhmann gerade dadurch gekennzeichnet, dass der Verlust deterministischer Orientierungsmuster nicht nur die Grundlage des politischen Entscheidens prekär gemacht, sondern zugleich die Grundlage der **Akzeptanz** dieser Entscheidungen erodiert hat.¹⁰ In einem ausdifferenzierten politischen System steht so auf der einen Seite die Verwaltung, die bei Luh-

7 Vgl. *Niklas Luhmann, Politische Soziologie*. Herausgegeben von André Kieseling. Berlin 2010 (a), S. 30 und S. 39-40; *Uwe Schimank, Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftsteuerung*. Wiesbaden 2006, S. 273. Sowohl die **Politische Soziologie** als auch **Legitimation durch Verfahren** entstanden, als Luhmann mit umweltoffenen Systemen arbeitete und seine autopoietische Wende noch nicht vollzogen hatte. Diese bedeutete eine markante Veränderung seiner theoretischen Annahmen, die freilich seine legitimitätstheoretischen Überlegungen grundlegend beeinflusst haben könnte – insbesondere da es zu einer Abkehr vom symbolischen Interaktionismus kam. Dieses für die Luhmann-Exegese fraglos höchst relevante Problem tut hier allerdings nichts zur Sache, da der Aufsatz auf das Legitimationsmodell abstellt und dieses nur aus den oben genannten Büchern rekonstruiert. Vgl. stellvertretend: *Luhmann (2010a)*, S. 19-25 und S. 58-69; *Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt am Main 2010 (b), insb. S. 15-34 und S. 551-555; *Stefan Lange, Niklas Luhmanns Theorie der Politik. Eine Abklärung der Staatsgesellschaft*. Wiesbaden 2003, S. 116.

8 *Luhmann (2010a)*, S. 30.

9 Siehe *Luhmann (2010a)*, S. 93.

10 Siehe *Luhmann (2010a)*, S. 90-95 und S. 257-259; zum Folgenden S. 116 und das gesamte zwölfte Kapitel, in dem Luhmann die Grundzüge seines politischen Systems erläutert, die hier ob der Platzkapazitäten nur umrissen werden können. Vgl. auch *Lange (2003)*, S. 88-108 und S. 122-132.

mann Exekutive, Legislative und Judikative umfasst und die verbindlichen Entscheidungen des politischen Systems ausfertigt. Sie hat keinen Fixstern mehr, der ihren Entscheidungsspielraum begrenzt, und bedarf dieses Spielraumes auch, um mit der Komplexität der Moderne umgehen zu können: Sie muss inhaltlich variable Entscheidungen treffen können. Auf der anderen Seite fehlt auch dem Publikum dieser Fixstern: Seine politische Unterstützung muss unter den erschwerten Bedingungen ihrer Mobilität und komplexer Wertstrukturen, die auch divergierende Interessen zur Folge haben, erarbeitet werden. Verwaltung und Publikum kommen also nicht mehr problemlos zusammen. Luhmanns Phantasma ist vielmehr, dass es zu einer Selbsterstörung des politischen Systems und infolgedessen des Gesellschaftssystems kommt.¹¹

»Es liegt auf der Hand, daß die Ausnutzung des immer wieder programmierbaren Entscheidungsspielraums der Verwaltung einerseits und die Veränderungen der Bereitschaft zu politischer Unterstützung andererseits nicht von selbst gleichsinnig laufen. Je größer die im System erfaßte und realisierbare Zahl der Möglichkeiten ist, desto größer ist auch die Gefahr der Desintegration. Die Politik hat die Aufgabe, ein solches Auseinanderlaufen zu verhindern. [...] Die Bezugspunkte ebenso wie die Quellen der Unterstützung geraten in Bewegung. [...] Jedem, der Zeitung liest, wird so der Eindruck einer permanenten Krise in seinem Interessenbereich vermittelt. Daraus können sehr leicht Bewegungen entstehen, die lawinenartig anschwellend das ausgewogene Gefüge funktional spezifischer Leistungen durcheinanderbringen und das System auf primitivere Stufen der Entwicklung zurückwerfen. [...] Auf dieses Problem bezieht sich die Arbeit der Politik. Ihr ist an ihrer einen Grenze die Variabilität der politischen Unterstützung durch Publikumsrollen, an ihrer anderen Grenze die Variabilität der Entscheidungsprämissen der Verwaltung vorgegeben.«¹²

Der gesellschaftliche Zerfall kann in modernen Gesellschaften nur verhindert werden, wenn von der Verwaltung inhaltlich variable Entscheidungen getroffen werden können und die Hinnahme dieser Entscheidungen durch das Publikum trotz seiner Freiheit bei der Gewährung politischer Unterstützung und der Artikulation von Interessen ungefährdet ist. Für Luhmann ist diese doppelte Variabilität das Problem der Legitimität moderner Gesellschaften. Es zu lösen, ist die Aufgabe der Politik, der dritten Komponente des politischen Systems.

11 Zur Funktion des politischen Systems für die Gesellschaft vgl. *Luhmann* (2010a), S. 39-41.

12 Siehe *Luhmann* (2010a), S. 256-258.

Die klassischen Repräsentationstheorien sind daran laut Luhmann gescheitert. Sie gehen von einem Kreislauf mit nur einer Richtung aus, in dem Komplexität über einen Prozess der Interessensaggregation ausgehend vom Publikum reduziert wird. In diesem Modell sei aber die Verwaltung vollständig durch das Publikum und die Politik determiniert. Außerdem sei eine ›wahre‹ Repräsentation des Volkswillens unter den Bedingungen komplexer, ausdifferenzierter Wertstrukturen kaum möglich. Luhmann wirft ihnen somit vor, dass sie zugunsten der Generierung von Legitimität die Variabilität des Politischen gleich doppelt opfern: Nicht nur, dass die Verwaltung determiniert werde, sondern das Publikum werde in seiner Vielfalt auch nicht ernst genommen. Das Paradoxon, gleichzeitig die doppelte Variabilität und Legitimität zu gewährleisten, könne so nicht bewältigt werden.¹³ Weder normativ noch empirisch können die Repräsentationstheorien so überzeugende Antworten liefern.

Max Weber habe hingegen zumindest das Grundproblem erfasst: Er ist der erste, der das Problem der Deontologisierung und Positivierung systematisch durchdacht hat und infolgedessen einen entnormativierten Legitimitätsbegriff entwirft: Legitimität sei wertneutral die soziale Geltung einer Herrschaft als rechtmäßig.¹⁴ An diesen Legitimitätsbegriff schließt Luhmann an, wenn er diese als die von aktuellen Motivlagen unabhängige und dauerhafte Akzeptanz inhaltlich variabler Entscheidungen der Verwaltung versteht. Wie jedoch diese Legitimität hergestellt wird, ist damit noch nicht geklärt, und auch Max Webers Formel der Legitimität durch Legalität zerbricht an dieser Frage:

»Obwohl dieser Begriff im Zentrum des Weberschen Lebenswerkes steht, ist er soziologisch der schwächste und läßt noch weniger als die Begriffe der traditionellen und der charismatischen Legitimität erkennen, wie ein solcher Glaube zustande kommen soll. Ganz allgemein ist anzumerken, daß Weber seinen Begriff der Legitimität im Hinblick auf die gesellschaftlichen Prozesse, die Legitimität schaf-

13 Vgl. Luhmann (2010a), S. 139-140, S. 258-259, S. 266-267 und S. 397-399.

14 Vgl. Peter Graf Kielmansegg, Legitimität als analytische Kategorie, in: Wolfgang Seibel u. a. (Hrsg.), Demokratische Politik – Analyse und Theorie. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen/Wiesbaden 1997, S. 62-96, hier S. 70-73 und S. 84; vgl. zu Weber hier und im Folgenden auch: Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Aufl. Tübingen 2009, S. 16, S. 122-124 und S. 548-549.

fen, und im Hinblick auf die gesellschaftsstrukturellen Bedingungen, die das er-möglichen, nicht hinreichend herausgearbeitet hat.«¹⁵

Diese vernichtende Kritik an Weber hat eine doppelte Stoßrichtung: Zum einen fehlt Weber eben jene Bestimmung, welche sozialen Mechanismen überhaupt dazu führen, dass der Glaube, der bei Weber für jeden Typus der legitimen Herrschaft die Grundlage bietet, überhaupt als Stifter von Legitimität funktioniert. Zum anderen ist es ausgerechnet jener Typus, den Weber als den spezifisch modernen ausmacht, der dies am allerwenigsten erklären kann: Legitimität kann nicht auf Legalität gegründet werden, weil auch das Satzungsverfahren legitimiert werden müsse – auch der Beschluss, wie ein Entschluss zustande kommt, ist legitimierungsbedürftig. Weber verfängt sich also in einer *petitio principii*.

Diese Fundamentalkritik an Weber hatte auch Jürgen Habermas vorgebracht. Sie bildet gewissermaßen den Ausgangspunkt aller zeitgenössischen Überlegungen zur Legitimität.¹⁶ Habermas löst das Problem bekanntlich in normativer Hinsicht auf: Aufgrund des unvermeidlichen Problems der Letztbegründbarkeit muss Legitimität permanent problematisiert werden. Darüber hinaus entwickelt er ein prozessuales Verfahren der Deliberation zwischen Freien und Gleichen, das gleichermaßen zu Legitimität und einer allerdings moralphilosophisch aufgeladenen Rationali-

15 Siehe Niklas Luhmann, *Legitimation durch Verfahren*. Frankfurt am Main 1983, S. 29. Luhmann setzt sich auch mit dem Konzept einer plebiszitären Führerdemokratie auseinander, wenn er »das Problem der ‚politischen Persönlichkeit‘« thematisiert. Die Individualität dieser Personen hat in der Interaktion mit dem Publikum einen legitimierenden Effekt, indem sie eine außergewöhnliche Stabilität und Zuverlässigkeit symbolisch vermittelt und die auseinander getretenen instrumentellen und expressiven Dimensionen im politischen System wieder zu koppeln vermag. Dabei betrachtet Luhmann diesen Legitimationsmodus überaus skeptisch: Zum einen ist das erzeugte Vertrauen nicht übertragbar und hat nur akzidentiell auch einen legitimierenden Effekt für das System; das Auftreten solcher Persönlichkeiten müsste sich permanent wiederholen, um das systemische Arrangement auch dauerhaft legitimieren zu können. Zum anderen aber macht sich das politische System abhängig von dem Individuum, das die Rollendifferenzierung des Systems durchbrochen und dazu Vertrauen akkumuliert hat. Die politische Persönlichkeit wird so »ein Gefahrenpunkt für das politische System«. Vgl. Luhmann (2010a), S. 336-340.

16 Vgl. Thomas Würtenberger, *Legitimität, Legalität*, in: Otto Brunner/Werner Conze/ Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Band 3. Stuttgart 2004, S. 677-740, hier S. 736-739; Habermas (1973), insb. S. 133-140; Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main 1998, S. 50-52 und S. 97-98;

tät führe.¹⁷ Gegen diese erneute Injektion der Moral in das Politische protestiert Luhmann, da – nachdem einmal die Einsicht in die Kontingenz der Welt gewonnen ist – gerade kein Maßstab mehr für eine universelle Moral zur Verfügung stehen könne. Darüber hinaus müsse aber auch die zweite Komponente von Habermas' Konzept verworfen werden: Bei einzelnen Entscheidungen kann der in der politischen Debatte rational hergestellte Konsens überaus hilfreich sein,¹⁸ er ist aber unfähig die Vielzahl der politischen Entscheidungen abzudecken: Wie für den Zwang gilt auch für den Konsens, dass es das politische System schlichtweg überlasten würde, ihn für jede einzelne Entscheidung zu beschaffen.¹⁹ Konsens und Zwang, Legalität und Volkswille – sie alle zerbrechen bei dem Versuch, die gehobene Schatztruhe der Legitimität zu öffnen. Luhmann muss also nach dieser Kritik der Theorie ein anderes Mittel dafür finden. Sein Ansatz stellt systematisch auf eine Trennung von Legitimität und Rationalität ab, um ihre gleichzeitige Präsenz im politischen System zu ermöglichen.

1.2 Luhmanns Modell der symbolischen Generierung politischer Unterstützung

Luhmann will ein Modell finden, mit dem politische Unterstützung unabhängig gemacht wird von der Notwendigkeit, konkret für jede Entscheidung Konsens herzustellen. Die Politik muss die Interessen des Publikums so verarbeiten, dass sie bestimmte Richtlinien an die Verwaltung weitergibt, ohne diese zu stark zu determinieren – gleichzeitig muss sie auch für umstrittene Entscheidungen der Verwaltung die Akzeptanz sicherstellen. In der Demokratie ist es unwahrscheinlich, dass nahezu alle einer Entscheidung zustimmen; aber auch jene, die nicht zustimmen, müssen sie hinnehmen.²⁰ Diese paradoxe Herausforderung versucht Luhmann zu lösen, indem er die Akzeptanz einer Entscheidung von einer je konkreten

17 Vgl. Habermas (1998), S. 166-207; Klaus Eder, Critique of Habermas's Contribution to the Sociology of Law, in: Law & Society Review 22, 1988, S. 931-944, hier S. 936.

18 Vgl. Luhmann (1983), S. 199-200.

19 Vgl. Luhmann (1983), S. 95-96; Luhmann (1983), S. 28-32 und S. 199-200; vgl. auch Lange (2003), S. 125.

20 Vgl. zur Aufgabenstellung der Politik nochmals Luhmann (2010a), S. 126 und S. 255-262. Das Paradebeispiel für diesen Fall wären heute wohl die Hartz-Reformen.

auf eine generelle Ebene verschiebt: Die Annahme der Entscheidung muss für das Publikum im Normalfall ganz selbstverständlich sein. Diese Erwartungssicherheit liefert der Verwaltung den Freiraum für inhaltlich variable Entscheidungen und ermöglicht die Dauerhaftigkeit der soziopolitischen Ordnung. Verfügen die Entscheider so über ein »Symbol« verbindliche Entscheidung«²¹, wird die akute Motivlage des Einzelnen doppelt neutralisiert: Einerseits akzeptiert er mit hoher Wahrscheinlichkeit die Entscheidung, auch wenn sie entgegen seiner aktuellen Motive ist, andererseits wird es nicht zu einer Gefahr für die politische Ordnung, wenn Einzelne die Entscheidung nicht annehmen.²²

Diese Differenzierung einer gleichzeitig zu schaffenden **positiven Legitimation**, mit der eine tatsächliche Akzeptanz der Entscheidungen generiert wird, und einer **negativen Legitimation**, mit der Unmut und Ausreißer abgefedert werden, ist bestimmend für Luhmanns Modell der symbolischen Generierung politischer Unterstützung. Der modernen rechtsstaatlichen Demokratie stehen dafür drei sich ergänzende Verfahren zur Verfügung, die den Rahmen für die symbolische Selbstlegitimierung des Systems bilden: Gerichtsverfahren, Wahlverfahren und Gesetzgebungsverfahren.²³ Die Legitimierung der Demokratie kann dabei aber nicht bloß »von oben« erwirkt werden, sondern bedarf der Beteiligung des Publikums. So zielt das Gerichtsverfahren auf die Vermittlung von Verwaltung und Publikum:

21 Siehe *Luhmann* (2010a), S. 96.

22 Vgl. *Luhmann* (2010a), S. 96; *Luhmann* (1983), S. 28, S. 32 und S. 34; *Lange* (2003), S. 125; *Thomas Noetzel*, Authentizität als politisches Problem. Ein Beitrag zur Theoriegeschichte der Legitimation politischer Ordnung. Berlin 1999, S. 62-63.

23 Luhmann nennt außerdem einen vierten Typus: Konditionalprogramme als Verwaltungsverfahren. Hier wären die Herstellung und der Transport von Legitimität durch symbolisch-zeremonielle **Arbeit am Recht** möglich, die sich u. a. in der Sorgfalt der Abstimmung einzelner Entscheidungsprogramme oder der juristischen Rhetorik zeige. Er verwirft diese Variante jedoch unmittelbar, da ihre Wirkmächtigkeit von einer Spezialausbildung abhinge. Nichtsdestoweniger steht auch hier nicht die instrumentelle Dimension der Legalität, sondern die symbolisch-expressive Dimension im Zentrum der Legitimitäts Herstellung, die im Folgenden nachverfolgt wird. Vgl. insgesamt *Luhmann* (1983), S. 36 und S. 243-245. Luhmann kennt neben den Verfahren weitere Orte der Legitimierung, die jedoch in seiner Auffassung nur ergänzend wirken können und sollen. Neben dem Konsens (s.o.) wäre die politische Persönlichkeit (s. Fußnote 10) und die hoch problematische Verbindung von Wissenschaft und Politik zu nennen (hierzu: *Luhmann* (2010a), S. 345-347).

»Der lange, hürdenreiche Weg des Verwaltungsgerichtsverfahrens dient dann als Auslaufbahn für Verärgerungen und Proteste, auf der der einzelne schließlich erschöpft und die Allgemeinheit zu der Einsicht geführt wird, daß Recht Recht ist und bleiben muß, und zugleich der Verwaltung eine Gelegenheit gegeben wird, etwaige Irrtümer zu korrigieren. [...] Der Fortgang des Verfahrens erfordert eine wechselseitige Übernahme implizierter Rollen, durch welche die Beteiligten das Verfahren als *zeremonielles System der Interaktion betreiben und sich selbst in ihren Darstellungen anerkennen und festigen*. Motiviert durch die Chance, einen ungewissen Ausgang zu ihren Gunsten wenden zu können, werden die beteiligten Angehörigen des Publikums veranlaßt, Rollen und Kompetenzen, Normen und Hintergrundauffassungen *symbolisch zu bestätigen* und ins eigene Handeln zu übernehmen.«²⁴

Indem die Beteiligten die dem Verfahren eingeschriebenen Rollen übernehmen und nach den für das Verfahren notwendigen Regeln handeln, präsentieren und bestätigen sie diese **performativ**: In und durch ihre Performanz bringen sie die Ordnung, aus deren »Haushalt« Normen und Rollen entstammen, erneut hervor und bekräftigen diese damit.²⁵

Dabei wirke diese latente Bestätigung in zwei Richtungen: Einerseits geht Luhmann davon aus, dass die Beteiligung der Betroffenen, das »Gefühl, gehört und beachtet zu werden«,²⁶ die Bereitschaft steigert, die Entscheidungen zu akzeptieren. Die Umständlichkeit des Verfahrens, wie Luhmann in seiner unnachahmlichen Zynik pointiert, wird zur Auslaufbahn für Aggressionen. Selbst wenn aber dieser sozialpsychologische Mechanismus der Identifizierung durch Rollenübernahme²⁷ nicht funktionieren sollte, werden die Beteiligten im Laufe des Verfahrens gezwungen, ihre Unzufriedenheit kleinzuarbeiten.²⁸ Durch dieses Kleinarbeiten könne »niemand mehr rechtes Interesse«²⁹ für den Protestierenden aufbringen, sodass die Sozialordnung gegenüber dessen individueller Motivation indifferent wird. Dieser absorptive Effekt verweist gleichsam auf die mit ihm verbundene andere Richtung der performativen Bestätigung: Das Ver-

24 Siehe Luhmann (2010a), S. 390-392. Hervorhebungen durch V.R.

25 Vgl. zum Begriff des Performativen: Erika Fischer-Lichte, *Performativität. Eine Einführung*. Bielefeld 2012, insb. S. 44; Vincent Rzepka, *Sangspruch als cultural performance*. Zur kulturellen Performativität der Sangspruchdichtung an Beispielen Walthers von der Vogelweide, Berlin 2011, S. 11-20.

26 Siehe Luhmann (2010a), S. 391, vgl. hierzu auch Luhmann (1983), S. 89.

27 Vgl. Luhmann (2010a), S. 391.

28 Vgl. ebd., S. 392-393; Luhmann (1983), S. 116-117.

29 Siehe Luhmann (1983), S. 116; vgl. auch Thomas Mirbach, *Überholte Legitimität? Oder: Auf dem Weg zu einem neuen Politik-Begriff*. Darmstadt 1990, S. 109.

fahren, in dem die Beteiligten – selbst ohne Änderung der eigenen Einstellung – »unbezahlte[] zeremonielle[] Arbeit«³⁰ verrichten, werde zu einem Drama für die Öffentlichkeit: Sie bekommt die Richtigkeit des Verfahrens und die Anerkennung seiner Normen selbst durch den Unterlegenen vorgeführt, wobei zugleich die Suche nach Wahrheit im Verfahren inszeniert wird. Luhmann betont, dass dieses Schauspiel auch die Nichtanwesenden zur symbolischen Identifizierung mit den dargestellten Normen und Rollenentwürfen veranlasst.³¹

Er konzipiert so drei Mechanismen der Legitimation, die miteinander verschränkt sind: Einmal einen negativ-legitimierenden Mechanismus der Absorption individueller Proteste, daneben den positiv-aktiven Mechanismus der Internalisierung der Verfahrensnormen durch die Ausübung der Rollen. Drittens den positiv-passiv legitimierenden Mechanismus der symbolischen Identifikation, die das Publikum mit den inszenierten Normen vollzieht. Um zu erklären, wie die legitimierenden Effekte von Verfahren wirken, greift Luhmann so auf die Tradition des symbolischen Interaktionismus' zurück und versteht sein Modell der Legitimierung als eine Verfeinerung von George Herberts Meads Theorie:

»Rollenübernahme in diesem [Meads; V.R.] Sinne ist ein Prozeß der Selbstidentifikation und der Konstitution einer objektiven Welt als einer Synthese subjektiver Perspektiven, die für alle gleich zugänglich ist. [...] Im Grunde handelt es sich hierbei um eine Analyse des Prozesses der intersubjektiven Konstitution von Sinn.«³²

Meads Konzept bietet Luhmann die Möglichkeit, dem Problem der Kontingenz durch einen konstruktivistischen Ansatz zu begegnen: Die Herausbildung einer objektiven Welt ist nur noch als ein intersubjektiver Prozess der Verfestigung gemeinsamer Sinnperspektiven möglich. Dabei macht Luhmann aber deutlich, dass Meads Ansatz unvollständig ist: Eingedenk der modernen Medialität von Demokratie schlägt Luhmann erstens auch einen Weg vor, wie abwesende Zuschauer integriert werden können. Diese auf Beobachtung abstellende Legitimation ermöglicht ihm zweitens zu erklären, wie die Demokratie stabil bleibt, auch wenn der bei Mead laut Luhmann nicht vorgesehene, aber durchaus häufig vorzufindende Fall ein-

30 Siehe *Luhmann* (2010a), S. 392 sowie (1983), S. 115.

31 Vgl. zur »symbolische[n] Identifikation« *Luhmann* (1983), S. 194 und S. 123-124.

32 Siehe *Luhmann* (1983), S. 83.

tritt, dass einzelne »unzufrieden oder gar empört den Gerichtssaal«³³ verlassen. Das Scheitern der persönlichen Identifikation wird dann durch die kollektive Identifikation kompensiert.

Nachdem der Verwaltungswissenschaftler Luhmann in seinem Metier diese Mechanismen eingeführt hat, vertieft er insbesondere die positiven Legitimationsvarianten bei den zentralen Komponenten der Demokratie: Wahlen und Gesetzgebung. Die Wahl hat freilich einen absorptiven Effekt, indem der Wähler im Schutz des Geheimen seinen Unmut ausdrücken kann, wobei der Einzelne aber nur einen »minimale[n], praktisch nie ausschlaggebende[n] Einfluß«³⁴ habe. Durch die Interaktion von Politik und Wähler trete aber der positive Legitimationsmechanismus stärker ins Zentrum: Die Politik muss spezifische Programme erarbeiten, um damit Leitlinien einzuziehen, die die Kontingenz von Entscheidungen reduzieren, der Verwaltung aber noch genügend Spielraum belassen. Die Programme haben also einen hohen Grad der Generalisierung und bedürfen trotzdem der Zustimmung des Volkes. Dazu kommt, dass Politik stets partikular bleibt: Die Programme sind Entwürfe bestimmter Parteien und auch die Zustimmung ist immer nur die eines bestimmten Teils.³⁵ Das Wahlverfahren muss deshalb den Widerspruch von Parteilichkeit und Legitimität für alle akzeptabel überbrücken.³⁶ Dabei ist der Wähler in der Wahl der politischen Unterstützung völlig frei. Politiker und Parteien können aber versuchen, ihn in seiner Entscheidung zu beeinflussen, um so die stark generalisierte Unterstützung zu erhalten.³⁷ Für dieses Ziel vertauschen die Parteien Zweck und Mittel: Geht der Wähler davon aus, dass die Inhalte des Programmes Zweck und die Stimmen das Mittel sind, so seien für die Parteien die Stimmen der Zweck und Programme das Mittel hier-

33 Vgl. zu Luhmanns Auseinandersetzung mit dem symbolischen Interaktionismus v.a. *Luhmann* (1983), S. 84, S. 90-93 und S. 121-125.

34 Siehe *Luhmann* (2010a), S. 101; vgl. *Luhmann* (1983), S. 169; *Mirbach* (1990), S. 106.

35 Vgl. *Luhmann* (2010a), S. 263: »Die Politik ist und bleibt Parteipolitik und ist als Äußerung eines Teils ohne Kraft und Verbindlichkeit.« Vgl. auch *Lange* (2003), S. 101.

36 Vgl. *Luhmann* (2010a), S. 263.

37 Dabei beruht die Generalisierung im Wahlverfahren darauf, dass die Wähler nur zwischen bereits vorgefertigten Programmen wählen können; dies ist gewissermaßen die Gegenleistung, die er für den Schutz seiner Rolle erbringen muss, die aber gerade eine gewisse Flexibilität für das Treffen von Entscheidungen erhält. Vgl. *Luhmann* (2010a), S. 101-102, S. 233 und S. 411; *Luhmann* (1983), S. 173.

zu.³⁸ Diese »sinnvolle Perversion der öffentlichen Morak«³⁹ müsse aber verdeckt werden, um den Wirkmechanismus der Wahl aufrecht zu erhalten:

»Was sie darstellt, wählt die Politik [...] typischerweise aus dem Themenschatz der Verwaltung [...]. Wie sie diese Themen darstellt, bietet dann immer noch Gelegenheit genug, aktuelle Solidaritäten mit dem Publikum in Werten und Symbolen zur Schau zu stellen. Das Was dominiert das Wie, das Thema den Stil – jedenfalls in der Darstellung. Aber bei der Herstellung der Darstellung kann trotzdem das Thema im Hinblick darauf ausgesucht werden, welche Chancen für ein korrektes Ritual, für störungsfreies Aufzählen aller relevanten Werte, für ein Beschwören wichtiger Symbole oder gar für expressive Bravourleistungen es vermittelt. Das Was fesselt die Aufmerksamkeit, das Wie wärmt mehr unbewusst, und deshalb kann das Was benutzt werden, um die Aufmerksamkeit zu fesseln und davon abzulenken, wie sie für symbolbildende und gefühlsfixierende Prozesse eingespannt wird. [...] Mit solchen Bemühungen versucht die Politik, ihre eigene Parteilichkeit zu überwinden, sich als Katalysator der Verschmelzung von Volkswillen und Verwaltungsentscheidung und damit als legitim zu erweisen.«⁴⁰

Die Politik bedient sich einer rational kalkulierten Darstellung, deren Herstellung aber wiederum verborgen bleiben muss,⁴¹ um so einen symbolischen gemeinsamen Zweck zu generieren, nachdem eine tatsächliche Ausrichtung auf *einen* Zweck unmöglich geworden ist. Dabei orientiert sich die Politik am offiziellen Kommunikationskreislauf und der Symbolik der Demokratie, die in der Wahl bestätigt wird. Der »manipulative[] Symbolismus«⁴² der Politik ist somit Teil eines Verfahrens, das auf die performativ-symbolische Bestätigung des Systems aus ist: Die Politik stellt bestimmte Symbole aus, die sie mit Inhalten koppelt, um sich so »als Katalysator der Verschmelzung von Volkswillen und Verwaltungsentscheidung und damit als legitim zu erweisen« (s. obiges Zitat). Durch die

38 Vgl. Luhmann (2010a), S. 291-292.

39 Siehe: Luhmann (2010a), S. 291-292. Hervorhebung von mir entfernt.

40 Siehe Luhmann (2010a), S. 279-280. Hervorhebung im Original.

41 Vgl. Luhmann (2010a), S. 277-279 und S. 291-292; vgl. Noetzel (1999), S. 162-164, der formuliert, dass Politik »kein Mal des Hergestellten« (S. 162) tragen dürfe, da die Authentizität dazu dienen sollte, die Kontingenz der Legitimität zu reduzieren. Allerdings scheint Luhmann in der Studie über Vertrauen diesem Zusammenbruch des Symbolischen bei Durchschauen nicht zu folgen, denn die Menschen erkennen zwar »die durch Arbeit an Symbolen konstituierte Welt des sozialen Kontakts als hergestellten Schein – aber als Schein, der für die Fortsetzung der Kontakte eine tragfähige Grundlage abgibt« (Niklas Luhmann, *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart 2000, S. 87).

42 Siehe Luhmann (2010a), S. 280.

Übernahme der Rolle des Wählers und durch den Akt der Wahl anerkennen und internalisieren die Wähler die Normen, die dem Verfahren zugrunde liegen.⁴³ Diese kollektive »ideologische Leugnung des Widerspruchs ist« für Luhmann der »Zauber der Verwandlung des Parteilichen ins Legitime durch [den] Konsens des Volkes.«⁴⁴

Derselbe manipulative Symbolismus prägt auch die symbolische Funktion der Gesetzgebung. Lag aber das Verfahren vor Gericht zwischen Publikum und Verwaltung und bei der Wahl zwischen Publikum und Politik, so befindet sie sich nun zwischen Politik und Verwaltung. Wegen dieser Lage ist es hier nicht möglich, das Publikum durch die aktive Übernahme von Rollen zur symbolischen Bestätigung zu bewegen. Dafür ermöglicht dieses Verfahren Luhmann, den Modus der symbolischen Identifikation⁴⁵ der Öffentlichkeit auszubauen:

»Die öffentlichen [!] Plenarsitzungen des Parlaments behalten durchaus eine wesentliche Funktion, obwohl die eigentlichen Entscheidungen aus ihnen abgewandert sind. Ihre Funktion liegt jedoch nicht in der Ermittlung der Wahrheit, sondern in der Darstellung des politischen Kampfes mit Hilfe von Argumenten und Entscheidungsgründen, mit denen kontroverse politische Positionen sich identifizieren.«⁴⁶

Hier wird deutlich, wie in seiner Argumentation die instrumentelle und die expressiv-symbolische Funktion auseinandertreten: Folgt man ihm, so werden die Entscheidungen außerhalb des Verfahrens vorgefertigt, sodass dieses zu allererst für die Herstellung der symbolischen Funktion zuständig ist. Dies wird wiederum von der Politik übernommen: Die Politiker und Parteien halten bestimmte Images aufrecht,⁴⁷ profilieren ihre Begründungsnarrative und versuchen, die der anderen zu widerlegen – die Darstellung wird so wiederum fokussiert:

»Es werden nicht [...] nur einige wenige, immer gleiche Symbole dargestellt, zitiert, gefeiert und eingeblut. Der Zuschauer wird in Geschichten hineingezogen. Es ergeht die Einladung zum Miterleben eines dramatischen Geschehens mit wechselnden Inhalten, unter denen der einzelne die Kristallisationspunkte seines Interesses, seiner Sympathien und seiner Antipathien selbst suchen kann. Indem er

43 Vgl. hierzu noch einmal ebd., S. 392, wonach das Verfahren ein »zeremonielles System der Interaktion« der Beteiligten ist, in dem sie durch Rollenübernahme »ihre Darstellungen anerkennen und festigen«.

44 Siehe Luhmann (2010a), S. 263.

45 Zum Begriff vgl. Luhmann (2010a), S. 194.

46 Siehe Luhmann (2010a), S. 190.

47 Vgl. Luhmann (2010a), S. 182-183.

das tut, verliert er jedoch, ähnlich wie in einer Rolle, durch die Geschichte seines Miterlebens seine ursprüngliche Freiheit, die Komplexität möglicher Einstellungen reduziert sich in einer Art Lern- und Sozialisierungsvorgang, und seine Alternativen schränken sich ein auf wenige, politisch steuerbare Varianten.«⁴⁸

Verschiedene Symbole werden zu Geschichten verbunden, in die der Zuschauer hereingezogen wird und zugleich eine eigene Geschichte wechselnder Präferenzen erlebt. Die symbolische Identifikation ist für Luhmann also ein Modus **narrativer** Sinnstiftung, die die Inszenierung und Rezeption von Symbolen in Geschichten bewerkstelligt. Mit der Vielfältigkeit der möglichen Geschichten kommt das Verfahren der Pluralität der Werte und Normen entgegen. Gleichzeitig werden aber auch bestimmte Normen aus dem politischen Kampf ausgeschlossen und von allen Seiten gleichermaßen symbolisch repräsentiert, um so zu verhindern, dass das politische System selbst zur Debatte gestellt wird.⁴⁹ Die Bürger sollen so dazu angehalten werden, nicht nur zu einer Partei, sondern auch zum System Vertrauen aufzubauen. Der **narrative Modus der symbolischen Identifikation** bildet gewissermaßen das integrierende Moment von Luhmanns symbolischer Legitimationstheorie und findet sich in allen drei Verfahren: Im Gesetzgebungsverfahren alleine wirksam, ist er beim Gerichtsverfahren insbesondere durch die beobachtende Öffentlichkeit vorhanden und bei der Wahl muss er im Vorfeld des eigentlichen Wahlaktes verortet werden: Gerade im Wahlkampf werden die Bürger in jenes »dramatische[] Geschehen[] mit wechselnden Inhalten« hereingezogen (s. obiges Zitat), mit dem Parteien Symbole inszenieren und das zwischen den Wahlen im Gesetzgebungsverfahren präsent ist.⁵⁰ Innerhalb der Verfahren dient dabei die Übernahme von Rollen dazu, symbolisch inszenierte Normen auch in der Performanz zu inkorporieren. Die angebotenen Sinnperspektiven werden damit doppelt stabilisiert: Einerseits durch die persönliche Anerkennung, andererseits durch die Repräsentation dieser

48 Siehe *Luhmann* (1983), S. 195, vgl. zum Folgenden insgesamt ebd., S. 193-195.

49 Vgl. *Luhmann* (1983), S. 193-195; *Luhmann* (2010a), S. 297.

50 Bei der Wahl entsteht zudem durch die periodische Wiederholung für den Einzelnen eine Geschichte seiner Wahlentscheidungen, die eine Selbstsanktionierung ermöglicht (vgl. *Luhmann* (1983), S. 170). Luhmann hat den Begriff des Wahlkampfes nicht genutzt, seine ausführlichen Erläuterungen zu Stimmenfang und manipulativem Symbolismus stellen aber deutlich darauf ab. Angesichts der Relevanz, die Luhmann der narrativsymbolischen Genese von Legitimation zu-misst, wäre es auch widersinnig anzunehmen, er hätte diesen nicht thematisiert. Vielmehr folgt er vermutlich der untrennbaren Verknüpfung von Wahl und Wahlkampf, durch die Zwei- und Mehrparteiensystemen geprägt sind.

Anerkennung nach außen. Sich mit ihnen zu identifizieren, fällt dem distanzierenden, beobachtenden Publikum damit leichter. Diese symbolische Identifikation garantiert dann auch, dass einzelne Ausreißer und Unruhestifter sozial ausgegrenzt werden. Die drei symbolischen Mechanismen der Legitimation greifen so für Luhmann ineinander und schaffen durch das **kollektive Stricken an gemeinsamen Erzählungen** performativ die Grundlage für die Akzeptanz inhaltlich variabler politischer Entscheidungen.

1.3 Symbolische Kontrolle und die Funktionalität des Symbolischen für die Demokratie

Für das frühe Werk von Niklas Luhmann, das noch dem Phantasma eines Ordnungsverfalls und der Suche nach Stabilisierung verbunden ist, muss dabei Legitimität in der Tat jener Schatz gewesen sein, den es zu heben galt. Dabei gelingt es ihm, die bei Weber diagnostizierten Probleme aufzuheben: Zum einen verlagert er Legitimation in einen interaktiven Prozess und löst damit das Konstrukt einer sich selbst legitimierenden Verwaltung auf. Zum anderen zeigt Luhmann damit auch, wie es möglich ist, trotz der doppelten Variabilität Legitimität zu generieren. Sein performativ-expressives Konzept erwirkt die Bindekraft politischer Entscheidungen durch eine narrativ generierte, durch die Rollenübernahme immer wieder bestätigte und somit auch zur Absorption fähige **kollektive symbolische Ordnung**.

Die instrumentellen Dimensionen von Verfahren, die Luhmann sehr wohl im Blick hat, treten hierfür zurück.⁵¹ Gerade um die Kontingenz von politischer Unterstützung und die Kontingenz politischer Entscheidungen miteinander verbinden zu können, koppelt er die instrumentellen Dimensionen politischer Handlungen von ihrer expressiv-symbolischen Dimension ab.⁵² Diese Abkopplung rückt sein Modell der Legitimation in die Nähe zur Ritualtheorie: Zwar wendet er explizit gegen Durkheim ein, dass

51 So liegt diese bei der Wahl in der Rekrutierung von Personen für öffentliche Ämter und das geregelte Austragen (nicht: Entscheiden) von Konflikten zwischen Alternativen, bei Gerichtsverfahren in der Entscheidungsfindung durch Gesetzesanwendung sowie der Revision von Gesetzen und im Gesetzgebungsverfahren bei der Legalisierung politischer Motive. Vgl. *Luhmann* (1983), S. 155, 161 und S. 184; *Luhmann* (2010a), S. 390.

52 Vgl. *Luhmann* (1983), S. 124 und S. 225-226.

Rituale auf einem alternativlosen Ablauf beruhen würden, wohingegen Verfahren gerade auf einen offenen Ausgang angewiesen sind, um überhaupt die Beteiligung an ihnen attraktiv zu machen. Er entlehnt jedoch die performative Ordnungsleistung von Ritualen, in deren Zeremonien wie in Verfahren sich die impliziten Hintergrundannahmen zu einem Disziplinierungs- und Orientierungsrahmen für das Publikum entwickeln.⁵³ Dieser Orientierungsrahmen hat dabei für Luhmann auch den Vorteil, dass die Menschen aus ihrer Zuschauerrolle heraus die demokratischen Prozesse kontrollieren können:

»Weil die Politik überkomplex ist und vom Zuschauer, der schließlich noch anderes zu tun hat, nicht im einzelnen [sic] verfolgt werden kann und weil der Zuschauer weiß, daß er nicht hinter die Kulissen schauen kann, gewinnen gewisse symptomatische Informationen ausschlaggebende Bedeutung. [...] Damit übt das Publikum keine sachliche Kontrolle der politischen Geschäftsführung aus, sondern eine vereinfachte symbolische Kontrolle seines Vertrauens in die Geschäftsführer. Dazu gehört, daß im Falle eines Vertrauensbruchs überscharf reagiert [... wird]. Das hohe Risiko des Vertrauens in Vorgänge, die man nicht kennen kann, findet seinen Ausdruck in der Drastik der Reaktion auf symptomatisch-diskreditierende Informationen.«⁵⁴

Die Symbolizität der Legitimation gewährleistet nach Luhmann also auch, dass selbst im Rahmen der immer komplexer werdenden politischen Prozesse eine politische Kontrolle der Eliten erfolgen kann. Dabei ist es gerade die Komplementarität der Rollen, die diese Kontrolle effektiv macht: Die passive Zuschauerrolle bei der symbolischen Identifikation münzt sich im Falle der Wahl und der Interessensartikulation zur aktiven Sanktionierung um; und da die Eliten darum wissen, setze auch zwischen den Wahl-

53 Vgl. zum Durkheim-Bezug Luhmanns: *Luhmann* (1983), S. 38-40 und S. 121; zu Durkheim und Ritualität: *Burckhard Dücker*, Ritual, in: Ansgar Nünning (Hrsg.), *Metzler-Lexikon Literatur- und Kulturtheorie. Ansätze – Personen – Grundbegriffe*, Stuttgart 2004, S. 581-582; *Dominik Schrage*, Das Ritual als Verfahren. Zur performativen Herstellung intangibler Ordnungen, in: Joachim Fischer/Hans Joas (Hrsg.), *Kunst, Macht und Institution. Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kultursoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg*, Frankfurt am Main/New York 2003, S. 198-208, hier S. 198-200.

54 Siehe *Luhmann* (2010a), S. 405. Er hat dabei bereits einen Blick auf die Eigengesetzlichkeiten und -interessen der Massenmedien, vgl. hierzu bspw. ebd., S. 406-407.

akten eine gewisse Disziplinierung durch das Beobachten der Zuschauer ein.⁵⁵

Dass diese symbolische Kontrolle jedoch nur begrenzt funktioniert, markiert Luhmann schon mit dem Eingeständnis, dass der einzelne Wähler nur einen geringen Einfluss auf den Ausgang der Wahl hat. Der Orientierungsrahmen, der das Publikum zum Sanktionieren befähigt, ist durch dieses gerade kaum beeinflussbar: Die symbolischen Deutungsangebote werden in den Verfahren wie in den von Luhmann als Vorbild verstandenen Ritualen stets durch die Eliten präfiguriert und die Zuschauer fügen sich in die so vorgegebenen Geschichten ein. Luhmann macht damit gerade die Stabilität dieser symbolisch generierten politischen Unterstützung stark. Die Möglichkeit der Erosion und Transformation von Geschichten bleibt dabei jedoch unterbelichtet. Gerade die Logik einer performativ-hermeneutischen Konzeption politischer Ordnungsbildung erfordert hingegen, diese Option mitzudenken.⁵⁶ Diese Erkenntnis haben wenig vor Luhmann nicht nur die Performativitätstheorien ausgehend von John Austin, sondern auch die politische Theorie Hannah Arendts besonders betont: Das Deutungsangebot, das die politischen Eliten her- und ausstellen, nimmt rekursiv bereits vorhandene und bekannte Symbole einer »demokratischen Narration« auf und bearbeitet diese. Sie muss dieses erneuerte Deutungsangebot jedoch auch wieder an ein beobachtendes und partizipierendes Publikum zurückgeben, das als einzelne Rezipienten über die Anerkennung oder Verbesserungsnotwendigkeit des Angebots entscheidet. Die performative Ordnungsleistung wird eben erst durch die Anerkennung und Referentialisierung der Rezipienten erbracht. In dem ebenfalls dramaturgischen Öffentlichkeitsmodell Hannah Arendts sind daher Führen und Folgen interdependente Handlungsakte, in denen das Publikum aktiv die Konzeption des Ordnungsrahmens mitbestimmt, nachdem es einen Vor-

55 Vgl. zu den drei Rollen des Publikums (disziplinierendes Zuschauen, Interessensäußerung, Gewährung von politischer Legitimation) v.a. *Luhmann* (2010a), S. 363-413.

56 Vgl. *Rzepka* (2011), zur Performativitätstheorie S. 11-20, zu Rekursivität und Diskursivität sowie zum performativen Prozess: S. 65-78. Außerdem: *Ralf Klausnitzer*, Literatur und Wissen. Zugänge – Modelle – Analysen. Berlin 2008, S. 201-203; *Erika Fischer-Lichte*, Grenzgänge und Tauschhandel. Auf dem Weg zu einer performativen Kultur, in: Uwe Wirth (Hrsg.), Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main 2002, S. 277-300, hier v.a. S. 281.

schlag seitens der Eliten gegeben hat.⁵⁷ Diesen Weg war Niklas Luhmann nicht bereit zu gehen – er hat aus seinem performativen Ordnungsmodell nicht die letzte Konsequenz gezogen, sondern ein Primat der Stabilität bewahrt.⁵⁸

Luhmann aus diesem Gestus heraus jedoch den Vorwurf zu machen, seine Konzeption von Legitimation beruhe auf reiner Fiktivität und sei eine bloße Selbstillusion der Bürger, wie es Johannes Weiß und Stefan Lange tun,⁵⁹ greift deutlich zu kurz. Dieser Vorwurf missachtet gerade die Kollektivität symbolischer Narrationen und die instrumentelle Leistungsfähigkeit dieser symbolischen Ordnung. Am deutlichsten wird diese vielleicht, wenn man abseits von Luhmanns eigenen Anknüpfungs- und Abgrenzungspunkten seine Idee der symbolischen Legitimation mit ähnlichen Konzepten parallelisiert. Eine Möglichkeit hierzu böte etwa der Begriff des Mythos: So konstatieren Soeffner und Tänzler mit Blick auf die modernen Wahlkämpfe, dass der Glaube dabei auf »der rationalen Konstruktion des Irrationalen, auf einem mit Technik und zweckrationalem Kalkül erzeugten Mythos«⁶⁰ beruhe und Andreas Dörner definiert Mythen im gleichen Sammelband als »narrative Symbolgebilde mit einem kollektiven, auf das grundlegende Ordnungsschema sozialer Verbände bezogenen Wirkungspotential«,⁶¹ wobei es sich »um politische Symbole [handelt], deren Elemente jeweils erzählerisch entfaltet werden.«⁶² Diese Elemente und sogar die Lexik der kalkulierten Darstellung symbolischer Nar-

57 Vgl. *Hannah Arendt*, *Über die Revolution*. München/Zürich 2011, S. 225 sowie *Hannah Arendt*, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München/Zürich 2010, S. 49-50.

58 Dagegen favorisiert Arendt gewissermaßen eine komplexere Vorstellung von Stabilität, in der sich diese erst aus der Interaktion von Stabilisierung und Destabilisierung ergibt.

59 Vgl. *Lange* (2003), S. 77; *Johannes Weiß*, *Legitimationsbegriff und Legitimationsleistung der Systemtheorie Niklas Luhmanns*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 1977, S. 74-85, hier S. 82 und S. 130; zur weiteren Kritik auch *Machura* (1993), S. 102-105.

60 Siehe *Hans-Georg Soeffner/Dirk Tänzler*, *Medienwahlkämpfe – Hochzeiten ritueller Politikinszenierung*, in: *Andreas Dörner/Ludgera Vogt* (Hrsg.), *Wahlkämpfe. Betrachtungen über ein dramaturgisches Ritual*. Frankfurt am Main 2002, S. 92-115, hier S. 110.

61 Siehe *Andreas Dörner*, *Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des »demokratischen Mythos«*, in: *Andreas Dörner/Ludgera Vogt* (Hrsg.), *Wahlkämpfe. Betrachtungen über ein dramaturgisches Ritual*. Frankfurt am Main 2002, S. 16-42, hier S. 28.

62 Siehe *Dörner* (2002), S. 28.

rative, mit denen eine Ordnungsleistung erbracht werden kann, prägen Luhmanns Konzept der Legitimation. Die Parallelisierung von Luhmanns Legitimationsmodell mit der Mythentheorie ist hier freilich nur ein unvollständiger Denkanstoß. Die Mythentheorie hat jedoch die Rolle und Funktionalität der symbolischen Legitimation politischer Ordnungen herausgearbeitet: Die grundsätzliche Abkopplung von expressiv-symbolischer und instrumenteller Variable bedeutet nicht, dass das Symbolisierte eine »trügerische Illusion«⁶³ ist. Zwar besteht eine Divergenz zwischen Konstruiertem und real Praktiziertem, sie stehen aber doch in Form eines gemeinsamen Kernes in Verbindung.⁶⁴ Diese Verbindung wird von Niklas Luhmann stark gemacht und für die moderne Demokratie aktualisiert: Für ihn stellt das Narrativ-Symbolische den Nukleus demokratischer Legitimation dar; dabei müssen aber politische und gesellschaftliche Interessen sowie Darstellungs- und Entscheidungspraxis korrelierbar bleiben.⁶⁵ Unter dieser Bedingung fungiert das Symbolische als **eine kognitive und emotionale Ressource der Politik**: Indem das symbolgeladene Narrativ für die Gegenwart der Handelnden Sinn stiften kann, ermöglicht es einerseits, auf die langfristigen Effekte der instrumentellen Funktion zu warten,⁶⁶ und andererseits durch deren relative Autonomie die Rationalität politischer Entscheidungen zu steigern.⁶⁷ Die Abkopplung von Legitimität und Rationalität in seiner Legitimationstheorie ermöglicht Luhmann so gerade eine Kopplung mit Blick auf die Performanz des politischen Systems als Ganzes. Für Luhmann entpuppt sich der Schatz, den er gehoben hat, damit als doppelt wertvoll. Dass die Demokratie ihn behalten darf, ist jedoch keineswegs gesichert.⁶⁸

63 Siehe Dörner (2002), S. 31.

64 Vgl. Dörner (2002), S. 31.

65 Vgl. Luhmann (2010a), S. 403 in Verbindung mit Luhmann (1983), S. 182-183. Vgl. zu Mythen als kognitive wie emotionale Ressource der Politik: Herfried Münkler, *Die Mythen der Deutschen*. Berlin 2009, S. 10.

66 Vgl. Luhmann (1983), S. 224-225, S. 227 und S. 232.

67 Vgl. hierzu Lange (2003), S. 138.

68 Herfried Münkler hat darauf hingewiesen, dass seit dem Zweiten Weltkrieg weitestgehend Prosperitätserzählungen vorherrschen, die für die Schwankungen der instrumentellen Funktion allerdings besonders anfällig sind. Auch dass einige Bevölkerungsteile sich systematisch von den demokratischen Verfahren entfernen, also eine Schiefelage der Repräsentation besteht, könnte mit Blick auf eine Erosion der symbolischen Dimension bedenklich sein. Vgl. Münkler (2009), S. 9-30; Wolfgang Merkel, *Die Krise der Demokratie als politischer Mythos*, in: Ha-

Literaturverzeichnis

- Hannah Arendt*, Vita activa oder Vom tätigen Leben. München/Zürich 2010.
- Hannah Arendt*, Über die Revolution. München/Zürich 2011.
- Andreas Dörner*, Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des »demokratischen Mythos«, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein dramaturgisches Ritual. Frankfurt am Main 2002, S. 16-42.
- Burckhard Dücker*, Ritual, in: Ansgar Nünning (Hrsg.), Metzler-Lexikon Literatur- und Kulturtheorie. Ansätze – Personen – Grundbegriffe, Stuttgart 2004.
- Klaus Eder*, Critique of Habermas's Contribution to the Sociology of Law, in: Law & Society Review 22, 1988, S. 931-944.
- Erika Fischer-Lichte*, Grenzgänge und Tauschhandel. Auf dem Weg zu einer performativen Kultur, in: Uwe Wirth (Hrsg.), Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main 2002, S. 277-300.
- Erika Fischer-Lichte*, Performativität. Eine Einführung. Bielefeld 2012.
- Jürgen Habermas*, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main 1973.
- Jürgen Habermas*, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main 1998.
- Sebastian Huhnholz*, »Der Gehorsam ist das Erklärungsbedürftige.«. Tagung Variationen der Macht der DVPW-Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte, Erfurt, 23.-25. September 2010, in: Zeitschrift für Politische Theorie 1, 2010, S. 249-257.
- Peter Graf Kielmansegg*, Legitimität als analytische Kategorie, in: Wolfgang Seibel u. a. (Hrsg.), Demokratische Politik – Analyse und Theorie. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen/Wiesbaden 1997, S. 62-96.
- André Kieserling*, Legitimation durch Verfahren, in: Oliver Jahraus u. a. (Hrsg.), Luhmann-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar 2012, S. 145-150.
- Ralf Klausnitzer*, Literatur und Wissen. Zugänge – Modelle – Analysen. Berlin 2008.
- Stefan Lange*, Niklas Luhmanns Theorie der Politik. Eine Abklärung der Staatsgesellschaft. Wiesbaden 2003.
- Niklas Luhmann*, Legitimation durch Verfahren. Frankfurt am Main 1983.
- Niklas Luhmann*, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 2000.
- Niklas Luhmann*, Politische Soziologie. Herausgegeben von André Kieserling. Berlin 2010 (a).
- Niklas Luhmann*, Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main 2010 (b).

rald Bluhm/Karsten Fischer/Marcus Llanque (Hrsg.), Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte. Berlin 2011, S. 433-448.

- Stefan Machura*, Niklas Luhmanns »Legitimation durch Verfahren« im Spiegel der Kritik, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie, 1, 1993, S. 97-114.
- Wolfgang Merkel*, Die Krise der Demokratie als politischer Mythos, in: Harald Bluhm/Karsten Fischer/Marcus Llanque (Hrsg.), Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte. Berlin 2011, S. 433-448.
- Thomas Mirbach*, Überholte Legitimität? Oder: Auf dem Weg zu einem neuen Politik-Begriff. Darmstadt 1990.
- Herfried Münkler*, Die Mythen der Deutschen. Berlin 2009.
- Thomas Noetzel*, Authentizität als politisches Problem. Ein Beitrag zur Theoriegeschichte der Legitimation politischer Ordnung. Berlin 1999.
- Vincent Rzepka*, Sangspruch als *cultural performance*. Zur kulturellen Performativität der Sangspruchdichtung an Beispielen Walthers von der Vogelweide, Berlin 2011.
- Vincent Rzepka*, Die Ordnung der Transparenz. Jeremy Bentham und die Genealogie einer demokratischen Norm. Berlin 2013.
- Fritz W. Scharpf*, Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch? Frankfurt am Main/New York 1999.
- Uwe Schimank*, Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftsteuerung. Wiesbaden 2006.
- Dominik Schrage*, Das Ritual als Verfahren. Zur performativen Herstellung intangibler Ordnungen, in: Joachim Fischer/Hans Joas (Hrsg.), Kunst, Macht und Institution. Studien zur Philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kulturosoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg. Frankfurt am Main/New York 2003, S. 198-208.
- Hans-Georg Soeffner/Dirk Tänzler*, Medienwahlkämpfe – Hochzeiten ritueller Politikinszenierung, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), Wahl-Kämpfe. Betrachtungen über ein dramaturgisches Ritual. Frankfurt am Main 2002, S. 92-115.
- Max Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5. Aufl. Tübingen 2009.
- Johannes Weiß*, Legitimationsbegriff und Legitimationsleistung der Systemtheorie Niklas Luhmanns, in: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 74-85.
- Thomas Würtenberger*, Legitimität, Legalität, in: Otto Brunner/Werner Conze/ Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3. Stuttgart 2004, S. 677-740.